

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG  
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_19201010MO](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19201010MO)

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky  
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg  
[auskunft@sub.uni-hamburg.de](mailto:auskunft@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>



männliche Politik. Die Frauen dürfen die Geschäfte nicht nur ausführen, sondern sie müssen auch mitbestimmen. Sie müssen auch die Verantwortung übernehmen. Sie müssen auch die Verantwortung übernehmen. Sie müssen auch die Verantwortung übernehmen.

Dieser tritt eine einleitende Rede ein. Im 84. Uhr wird die Rede abgelesen. Auf Vortrag aus der Versammlung wird beschlossen, das Referat des Genossen Caporali über

### Wohlfahrt und Jugendpflege

fort am nächsten, um sich in der Diskussion über diesen Sachverhalt zu äußern.

Genossin: Genossen und Genossinnen! Es ist zu begrüßen, daß die Wohlfahrt und Jugendpflege zu dem wichtigsten Thema der Wohlfahrt und Jugendpflege gehört. Wohlfahrt und Jugendpflege sind zwei Begriffe, die eng miteinander verbunden sind. Wohlfahrt ist die Voraussetzung für Jugendpflege, und Jugendpflege ist die Voraussetzung für Wohlfahrt. Wir müssen uns diese beiden Begriffe klar machen. Wohlfahrt ist die Gesamtheit der Maßnahmen, die den Menschen in seinem Leben zu einem gesunden, glücklichen und nützlichen Leben verhelfen. Jugendpflege ist die Gesamtheit der Maßnahmen, die den Jugendlichen zu einem gesunden, glücklichen und nützlichen Leben verhelfen. Wir müssen uns diese beiden Begriffe klar machen. Wohlfahrt ist die Voraussetzung für Jugendpflege, und Jugendpflege ist die Voraussetzung für Wohlfahrt. Wir müssen uns diese beiden Begriffe klar machen.

Wohlfahrt selbst als notwendige anerkannter Ausgaben wird nicht bei Autos und Gewandgeschäften beginnen, sondern bei der Bekleidung der Arbeiter. Die Arbeiter müssen die Bekleidung für Wohlfahrtswende zu leisten. Bekleidungsanstalten sind in Sachsen, in Pommern, in Brandenburg im Gange. Im diesen Gebieten durchzuführen, bedarf es freilich wirklicher Sozialisten unter den Arbeitern. Die Arbeiterorganisationen werden das nicht leisten. Aber ohne das sind Millionen Arbeiter der Bekleidung und dem Lade ausgeliefert. Sie sind zu reiten, wenn Arbeiter, Beamte und Unternehmer den sich aus die ständige Kraft finden, die Werte zu geben, die die Wohlfahrt braucht. Unsere Frauen müssen bei diesen ganzen Wert Klammern sein. In unsern Hauptausgang für Arbeiterwohlfahrt müssen sich überall Ortsvereine für Arbeiterwohlfahrt angliedern, doch hat jedes Experimentieren auf eigene Faust unbedingt zu unterbleiben. Diese Wohlfahrtspflege tragen wir Sozialdemokraten allein und gehen dabei weder mit den Bürgerlichen, noch mit den Kommunisten zusammen, denn wir allein sind die Träger der ständigen Idee des Sozialismus. (Zustimmung.) Wir brauchen eine neue Wohlfahrtspflege, getragen von unsern Frauen, geleitet von uns Männern. (Zustimmung.)

Der Bericht der Frau Clara Prunke über die Wohlfahrtspflege in der Provinz Pommern. Die Wohlfahrtspflege in Pommern ist in den letzten Jahren sehr gefördert worden. Die Wohlfahrtspflege in Pommern ist in den letzten Jahren sehr gefördert worden. Die Wohlfahrtspflege in Pommern ist in den letzten Jahren sehr gefördert worden.

Die Debatte über die drei Referate eröffnet. Frau Quast-Frankfurt a. M. spricht ihre Genehmigung darüber aus, daß diesmal so zahlreiche Männer an der Frauenkonferenz teilnehmen. Die Konferenz wird besonderes Gewicht auf die Gewinnung der ledigen Frauen legen. Die ganze Wohlfahrtspflege ist in enger Fühlung mit den Frauen im Lande zu bleiben.

Man-Dejau: Im allgemeinen haben sich die Frauen in der Arbeiterwohlfahrtspflege besser bewährt als in den Gemeindeverwaltungen. Doch haben sie vielfach versagt. (Zuruf: Wie die Männer auch!) Deshalb müssen die Frauen in besonderen Kursen fortgebildet werden.

Frau Schrablin-Neulingen: Die Frauen sind in der Agitation vor ihrer Mütterlichkeit zu lassen. Der Frauen zum Gehören muß fallen, denn es fehlt jetzt oft an der Nahrung für das schon erzeugte Leben. Vor verantwortungsvolle Mütter werden sich bewußte, mutige, klare Menschen heranzubilden.

Reber-Jena: Es fehlt in den Bezirkssekretariaten an Referentinnen, die wir jetzt wieder auf dem besten Wege sind, heranzubilden. Weibliche Sekretäre täten dringend not, aber noch fehlt die Wahl.

Frau Anstange-Breslau: Gute Sekretariatsstellen müssen sich selbst bewähren. Auch auf den Kandidatinnen dürfen die Frauen nicht nur Defektion sein. Die bürgerliche Frauenbewegung muß als gleichberechtigter Gegner ernst genommen werden.

Frau Glies-Dorimund: Die Männer leben an einem unbewußten Egoismus, der sie immer erkennen läßt, daß gerade ihre Frau keine Rechte und keine Selbständigkeit braucht. Die Frauen waren entrecht vom Staat mit seinen Männergesetzen, von der Gesellschaft mit ihrer doppelten Moral und von der Ehe, in der sie Sklavinnen des Mannes war. Ihre schlimmste Entrechtung aber ist die Ausschließung von Bildung und Wissen. Daher die Bitte um die Gleichberechtigung der Frauen. Wir brauchen den Sekretariatsstellen in möglichst allen Agitationsbezirken ein Frauenkontingent von Haus zu Haus ist nötig. Geschlossen mit den Männern werden wir zum Sozialismus kommen.

A. Müller-Berlin: Die Hausangestellten müssen verkürzte Arbeitszeit erhalten. Reichsgesetzliches muß den Hausangestellten bessere Schutz zuteil werden wie allen anderen Gewerkschaften.

Frau Bohm-Schwarz: Solange ein unvollständiges Frauenbewußtsein nicht vorliegt, ist eine Reform des Arbeiterwohlfahrtswesens dringend erforderlich. Die Funktionen müssen die Gleichberechtigung sein, wenn sie wirken will, was in der Wohlfahrtspflege besteht.

Nach einigen Worten von Frau Hans-Rammheim wird die Fortsetzung der Debatte auf Sonntag 9 Uhr verlagert. Schluß 7 Uhr.

### Aus dem Reichswirtschaftsrat. Zuder- und Brotgetreidefrage — Betriebsabbruch und Stilllegungen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 9. Oktober. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Sonnabend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. August Müller mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Verhandlungen wurden von einem Unterabschnitt bereits eingehend behandelt worden sind. Der Ausschuss erklärte sich nachdrücklich mit der Freigabe der Getreide- und Getreideerzeugnisse einverstanden.

Zugelassen wurde auch die Bestimmung, daß die für die Export- und Exportzwecke notwendigen Stoffe frei eingeführt werden, doch dagegen von der Einfuhr von Halbwaren und Fertigwaren abgesehen wird.

Zur Spiritusbewirtschaftung wurde beschlossen, daß im Interesse der Sicherung der Ernährung unbedingt an dem Grundbesitz festgehalten werden solle, daß der aus inländischen Rohstoffen hergestellte Branntwein von der Monopolverwaltung zu Teilmengen nicht abgegeben werden darf. Zur Spiritusbereitung soll die Weizeninjektur erleichtert werden.

Abg. Waltrusch (Christliche Gewerkschaften): Es sollen Kartoffeln zu hohen Preisen zu Brennweizen aufgesetzt werden sein. Der Schnapsfabrikant hat ungeheuer zugenommen. Wo kommt dieser Schnaps her? (Zuruf: Aus Amerika!) Abg. Kühne (Gewerkschaften): Das Brennweizenmonopol hat nichts zu tun. Daher der Mißerfolg. Es ist unglücklich, daß an Zippmann 70000 M. Aufwand geschätzt worden sind. Einem ehemaligen pensionierten Direktor zahlte man mehr als 100 000 M. als Entschädigung. Die Abführungen wachsen wie Pilze aus der Erde, weil das jetzt gebaute Bier kein Bier ist und vom Publikum nicht getrunken wird.

Reichstagsabgeordneter Wehrt: Nur minderwertige Kartoffeln werden zu Spiritus verwandelt. Durch das Loch in Weizen kommt viel ausländischer Branntwein herein. Die Getreideerzeugnisse sind in Deutschland sehr teuer. Die deutschen Vorkasse erlaubt und die Einfuhr von Branntwein nicht. Die Minderwertigkeit des Weizens entspricht den erhöhten Schnapspreisen nicht. Es wird ja jetzt adäquateres Bier gebraut. Der Ernährungsminister mußte Areal und Areal in größerer Menge einführen. Der Weizenanbau hat aber die Zahlungsmittel vermindert. (Weißl.) Zur Zuckerfrage erklärt Staatssekretär a. D. Müller, daß die Zuckerfrage das trübste Kapitel in der deutschen Ernährungsfrage sei. Deutschland war früher das reichste Zuckerland. Im Jahre 1913 führten wir 1 100 000 Tonnen Zucker aus. (Hört! hört!) Jetzt ist die Zuckerproduktion so gesunken, daß wir nicht einmal die eigenen Inappenationen liefern konnten. Wir mußten Zucker in der Tschechoslowakei kaufen und geben dafür 2000 Eisenbahnmagnen hin. (Weißl.) Das ist so ziemlich das Unvollständigste, was man überhaupt tun konnte.

Bei der Frage der Brotgetreidefrage äußerte Abg. Waltrusch die Befürchtung, daß Brotgetreide und Roggen in großen Mengen verfrachtet werden. Das Ernährungsministerum legt die Verbraucher nicht genügend zu Worte kommen. Die Produzenten scheinen dort mehr gehört zu werden. Das muß einmal beauftragt erklärt werden.

Gesellschaftsleiter Wehrt: Es muß eine planmäßige Vermarktung eingeleitet werden. Daran fehlt es. Der Unterabschnitt schlägt vor, daß im Bedarfsfalle ausländisches Getreide eingeführt werden soll. Das ist selbstverständlich. Nun soll der hohe Preis den Verbrauchern nicht durch Erhöhung des Brotpreises auferlegt werden, sondern er soll aus der Weizenklasse gedeckt werden. Das ist eine demagogische Kleinerei. Das kann nur der Reichstag beschließen, aber nicht der Reichswirtschaftsrat. Dazu dürfen wir uns nicht hergeben.

Staatssekretär a. D. Müller: Der Vortragslaut sich auf dem Getreidepreis auf. Wird der Brotpreis nun erhöht, gehen die Selbstverarbeiter frei aus, das heißt alle landwirtschaftlichen Kreise. Unsere Regelung ist also ein Gebot der Gerechtigkeit. Reichstagsabg. Wehrt: Wir wandern sind der Meinung, daß wir beim Brotgetreide die Zwangswirtschaft nicht aufheben.

Wir sind bereit, mit den Konsumanten einen gerechten Ausgleich zu finden. Abg. Umbreit: Die Landarbeiterdeputierte sind durch Tarifverträge geschützt. In einigen Bezirken, wo sie sehr hoch sind, wird eine Erhöhung der Löhne verlangt. (Zuruf: Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit.)

Gesellschaftsleiter Wehrt: Man darf nicht den Gebanten aufkommen lassen, als ob etwas billiger verkauft werden muß, als es produziert wird. Waltrusch: Das Brot darf nicht verteuert werden. Für Kinderreiche Familien wäre das eine Katastrophe. Die hohen Preispreise haben schon jetzt große Unruhe in der Arbeiterklasse erzeugt. Soll das Brot bis 10 M. kosten? Das ist unmöglich.

Reichstagsabg. Stinnes: Wenn wir die bürgerliche Politik fortsetzen, wird der Wert der Ware noch weiter sinken. Die bürgerliche Produktionspolitik mag populär sein, ist aber durchaus unsinnig. Der Betriebesleiter muß den Produktionskosten entsprechen. Es ist ein untaugliches Mittel, wenn die Mehrkosten der Weizenklasse aufgelegt werden sollen. Das können wir als Reichswirtschaftsrat nicht mitmachen. Wir müssen für die Erzeugung genügender Aufschubproduktion sorgen, damit die Ware eine andere Zahlungsform bekommt, sonst können wir zum Barverkauf unter Auszahlung des Geldes.

Dr. Gortz: Der einzige Weg der Rettung ist: Mehr arbeiten, Beschleunigung der Arbeitszeit auf 8 Stunden. Die Beschleunigung des Umlaufes werden die Beschleunigung der Produktion für ausländische Betriebe soll also aus der Reichsliste gestrichelt werden.

Bei der Wirtschaftsprüfung mündet sich Abg. Stinnes dagegen, daß der heimische Landwirtschaft die Verluste des Einkaufs ausländischer Waren auf den Kopf gelegt werden, wie es vielfach im Westen geschieht. Es ist eine Vollverschwendung, wenn man zum Beispiel aus Holland Milch für 4 und 5 Mark pro Liter einkauft, die man zu 2 M. im Inlande produzieren könnte.

Der Ausschuss stimmte ferner einem Antrag zu, wonach die Einfuhr von Wiener Bier nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Nach einem weiteren Beschluß sollen jährlich 400 000 Liter Kaffee zur Einfuhr freigegeben werden. Die Kaffeeerzeugnisse sollen in ausreichendem Maße beschaffen werden.

Es folgt dann die Beratung einer Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbruch und Stilllegungen.

Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht für den Abbruch von Betriebsanlagen und die Stilllegung eines Betriebes vor. Sie bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Bergbauwesens, sofern in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeige ab läuft eine Frist von vier Wochen im Falle der beabsichtigten Stilllegung und von sechs Wochen bei Abbruch. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Veränderung der Größe und Beschäftigung vorgenommen werden.

Staatssekretär Stinnes empfiehlt die Verordnung, die einer Abänderung des Reichswirtschaftsrates für Entschieden wurde. Reichswirtschaftsminister und Reichsarbeitsminister sind sich einig, daß hier ein starkes Eingreifen in das Eigentumsrecht erfolgt. Wir müssen aber Mittel finden, um die Weiterführung der Betriebe tunlichst zu ermöglichen. Wo eine Stilllegung nicht zu vermeiden ist, müssen die freierwerbenden Materialien nutzbringende Verwendung finden. Eine Meldung an das Reichswirtschaftsministerium ist vorgesehen, um zu vermeiden, daß vielfältige Interessen vor allgemeine Interessen gestellt werden. Die Maßnahmen sollen möglichst bald in Kraft treten.

Umbreit schlägt eine Nachprüfung der Verordnung in einem Untersuchungsausschuss von 9 Mitgliedern vor. Beobachtlich sei die späte Zustellung der Verordnung an die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages, der die Reichsregierung erludt: 1. der Frage der Anliegerföhrung in West-, Süd- und Mitteldeutschland die größtmögliche Aufmerksamkeit zu schenken, 2. alle Aufstellungsmaßnahmen der Süd- und Mitteldeutschen Arbeiter, die dem Geiste des Reichsverbandsgeistes entsprechen und die ständige Verbesserung der Lebensbedingungen zu betreiben und zu verhindern oder aufzuheben. Durch sachverständige Aufklärung der öffentlichen Meinung und der maßgebenden Vertreter der Arbeitgeber in West-, Süd- und Mitteldeutschland über die Siedlungsfragen und die Siedlungsbedingungen überhaupt soll die volkswirtschaftlich lebenswichtigen und licherlichen Güter für die städtische Wohnbevölkerung mit Brotgetreide, Milch und Kartoffeln zu erhalten.

Dr. Kranz begründet den Antrag. Der Antrag ist ein Ausdruck der Notwendigkeit der Siedlungsfrage. Die Siedlungsfrage ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Die Siedlungsfrage ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Die Siedlungsfrage ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung.

Der Ausschuss hat die Siedlungsfrage über diesen Antrag für heute aus. Nach Südwestdeutschland soll eine Studienkommission zur Prüfung der Verhältnisse entsandt werden. Die Frage der Fortführung von Dieselmotoren in Deutschland, betrieben durch die Industrie, soll zum Gegenstand der Besprechung in einer der nächsten Sitzungen gemacht werden.

Nächste Sitzung: Montag, 11. Oktober, vormittags 10 Uhr. Schluß 2 1/2 Uhr.

### Politische Nachrichten.

Frankreich und die geplante Finanzkonsolidierung. Die Reichsregierung hat am 9. Oktober die französische Regierung auf die englische Note, wonach Frankreich aufgegeben wird, zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage baldigst die Finanzkonsolidierung in Gang zu setzen, antwortet. In der Antwort heißt es zum Schluß: Niemand hat in Spa eine internationale Konferenz vorgeschlagen. Wohllich sollte eine Sachverständigenkonferenz stattfinden, woran, wenn möglich, eine besondere französische Kommission teilnehmen sollte. Zuvor sollten sich die beiden Regierungen auf einen gemeinsamen Standpunkt verständigen, der die Finanzkonsolidierung in diesem Sinne, wie in nächster Zukunft, wie das Wort aus englisch authentischer Quelle erhellt, besprechungen zwischen Frankreich und England stattfinden. — Die französische Regierung weist mit dieser Antwort vor der englischen Aufforderung aus. Das Ideal der französischen Idealisten bleibt eine Regelung der Wiedergutmachungsfrage, bei der die Deutschen nur in Gestalt der jüdischen Geschworenen mitwirken sollen. Eine Methode, welche die denkwürdige Art der Sabotage am Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaft darstellte.

Lloyd George für Koalitionsregierung und gegen Sowjetrußland. Nach einer Meldung aus London hielt Lloyd George auf der Nachbesprechung des Nationalrates der Liberalen Partei von Wales in Irland eine Rede, worin er den Gedanken einer Koalitionsregierung verteidigte und darauf hinwies, daß Aquil selbst 1915 die erste Koalitionsregierung bildete. Zur russischen Frage äußerte Lloyd George, daß die Sowjetrußland ein Sowjetrußland mit Sowjetrußland sei, das sich nicht mit dem Frieden vertragen kann. Er sprach sich für ein Sowjetrußland aus, das sich nicht mit dem Frieden vertragen kann. Er sprach sich für ein Sowjetrußland aus, das sich nicht mit dem Frieden vertragen kann.

Kleine politische Mitteilungen. Der Staatsrat ernannte den Generalleutnant des Ingenieurkorps von Wollbach zum nordwestlichen Gesandten in Berlin. Der auf den 14. Oktober festgesetzte Zutritt des Vizekonsuls in Brüssel ist auf den 20. Oktober verschoben worden.

### Hamburger Staatsangelegenheiten.

Beschreibung der Sitzung am Mittwoch, 13. und Freitag, 15. Oktober nachmittags 5 Uhr. 1. Sitzung: a. eines Mitgliedes der Behörde für Wohnungspflege, b. eines Mitgliedes der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe für den ausgeübten Henry Siemer. 2. Antrag des Senats auf Bewilligung von Mitteln für die Deputation für die Reichsanstalten. 3. Antrag des Senats auf Bewilligung von Mitteln für den Ausbau des Gebäudes des Reichsanstalten. 4. Antrag des Senats, betreffend Erhöhung des Amtes Reichsanstalten mit elektrischer Energie. 5. Antrag des Senats, betreffend Einschränkung von im Staatshaushaltplan für das Rechnungsjahr vorgesehene Mittel. 6. Antrag des Senats auf Bewilligung für die Herstellung von Eisen in der Ausführung nachstehenden Einzelheiten im mündlichen Verhandlung. 7. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für das Bureau des Demobilisationskommissars. 8. Antrag des Senats auf Bewilligung für die Oberstaatsbehörde, Section für die Wirtschaftlichen Angelegenheiten. 9. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung für die Finanzdeputation. 10. Antrag des Senats auf Bewilligung für die Oberstaatsbehörde, Section für die Wirtschaftlichen Angelegenheiten. 11. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für das Kleinrentenbüro auf dem Gelände des Waisenhauses. 12. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für den Umbau des Verwaltungsgebäudes der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge. 13. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für den Umbau der Dreifachstraßenbrücke. 14. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 15. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 16. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 17. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 18. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 19. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 20. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 21. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 22. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 23. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 24. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 25. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 26. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 27. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 28. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 29. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge. 30. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung weiterer Mittel für die städtischen öffentlichen Gemeindefürsorge.

### Porto beilegen!

Wir machen die Leser und Einsender wiederholt darauf aufmerksam, daß eine Beantwortung von Schreiben und eine Rücksendung von Artikeln sowie schriftliche Befehle nur erfolgen können, wenn ausreichendes Porto beiliegend ist. Ungeeignetes Material: sonst in den Papierkorb.

### Tages-Bericht.

### Hamburg.

Der Deutsche, wieder, fromm und stark. — hat ihn und wieder das Bedürfnis, sich zu betrinken. Das ist ein guter Brauch von alterher und da ist schwer etwas gegen zu unternehmen. Ewigig sind nur die unterschiedlichen Vorwände, die belagert Deutlicher denm, um seine Betrinkung zu bewahren. Es gibt so die vielen Mittel, kammereiferen Oberlehrer x., die theuererweize zum Stammtisch gehen und nicht erst lange Pfaffen machen. Das liebe Militär macht das anders: es muß ein nationaler Anlaß dazu herhalten.

Der „National-Anzeiger“ wird aus Anlaß der Wiederkehr des Jahresendes der Witterung bei Leipzig (1) bei Gelegenheit am Stammtisch gehen und nicht erst lange Pfaffen machen. Das liebe Militär macht das anders: es muß ein nationaler Anlaß dazu herhalten.

„Anzug: Uniform oder dunkler Anzug, Ehrenzeichen. Die farbentragenden jüdischen Korporationen werden gebeten, in Ballcouleur zu erscheinen. Ebenfalls für nationale Zwecke werden erbeten an das Reichswehrministerium in Berlin. Jede Hamburger ohne Unterscheidungszeichen, das heißt, ohne ein solches Zeichen, wird in unserm Vaterland zusammenfinden und nur als Deutsche hängen. Wenn diese Menschen sich „als Deutsche hängen“, müssen sie konfessionieren, müssen sie bunte Uniformen, jüdische Paratrag und patriotische Zwecke haben.

Das Ganze ist ein Kapitel zum betrinken Geist und zur befriedigen Ermüdung der Spezies „Deutsche, wieder, fromm und stark.“

### Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft.

Uns wird geschrieben: Die Hochbahn-Aktiengesellschaft löst seit einigen Wochen die Linien 18 und 19 in bestmöglichem Fahrplan verkehren. Gegen die frühere Fahrzeit von 70 beziehungsweise 60 Minuten werden 7 beziehungsweise 5 Minuten gespart. Die Linien werden nicht mehr als Ringlinien, sondern als Nebenlinien betrieben, indem am Winterabend Markplatz beziehungsweise an der Gärtnerstraße Geleisflächen angelegt sind, in denen die Züge verkehren. Für einen bequemeren Aufsteigerverkehr ist gesorgt. Hierbei war ein gewisser Aufenthalt beim Umsteigen nicht zu vermeiden, besonders am Winterabend Markplatz. Um auch diese Nachteile zu beseitigen, mußte der Gesellschaft daran liegen, die Fahrzeit noch weiter zu verkürzen, damit sich die beiden Ringlinien im 60 beziehungsweise 50 Minutenbetrieb gleichmäßig an den Endhaltestellen die Hand reichen, so daß ein unmittelbarer Anstieg an den Endhaltestellen möglich ist.

Die Gesellschaft hatte schon früher zeitweilig den 60 beziehungsweise 50 Minutenbetrieb eingeführt. Er mußte aber während des Krieges abgebrochen werden, weil die weiblichen Führer die Fahrzeit nicht einhalten konnten und weil die Motoren durch den ununterbrochenen Betrieb überanstrengt wurden. Einmal eingetretene Verspätungen ließen sich nicht mehr einholen. Inzwischen ist das bewährte männliche Führerpersonal zurückgekehrt; außerdem ist die Zahl der Haltestellen vermindert worden, so daß die Einhaltung des beschleunigten Fahrplanes nunmehr möglich erscheint, vorausgesetzt, daß den Motoren eine Ruhepause gegeben wird, was nur durch die Einrichtung der Endhaltestellen möglich ist. Bei letzteren Verspätungen müssen die Züge in den Endhaltestellen aufeinander warten, bei größeren Verspätungen fährt der nächste folgende Wagen pünktlich, wobei die Wartung auch in diesem Falle unerschäftigt ist. Auf alle Fälle wird ein regelmäßiger 10-Minutenbetrieb gewährleistet und die Fahrzeit auf der ganzen Strecke gegen früher um volle 10 Minuten verringert.

### Die Parteitagwahl der Hamburger U.S.P.

Wie sie ausfällt? Wir lesen in der „Freiheit“, Zentralorgan (nach) der U.S.P. m. d. L.: „In Hamburg fanden gestern die Urwahlen für den Parteitag statt. Die Organisationskommission, die ganz in den Händen der Neu-Kommunisten liegt, hat die Urwahlen zu einer Farce gemacht. Nachdem es den Gegnern der Bedingungen schon in den Versammlungen nicht möglich war, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, hat auch die von Wilhelm Herzog geleitete Hamburger „Volkseigenen“ sich grundsätzlich geweigert, irgendwelche Zuschriften aus den Kreisen der Parteigenossen, die gegen die Bedingungen sind, aufzunehmen. Sie brachte nur bestmögliche Artikel. Auch über die Stellung der Organisationskommission im Reich wurde in der einstimmigen Weise berichtet. Desgleichen über die hiesigen Urwahlen. Die für die Befürworter unangünstigen Ergebnisse wurden einfach beschwiegen, während die ihnen günstigen Resultate in marxistisch-feierlicher Aufmachung in die Welt hinauf geschrien wurden. Das tollste Stück waren aber die Urwahlen selbst. Die Neaktion verweigerte den Gegnern der Bedingungen die Aufnahme ihres Wahlvorschlages. Die Genossen wollten darauf in dem Parteitag, an dessen Aufbruch gerade die den herbeizureichenden Anteil hatten, durch ein Inzerat ihre Hilfe bekundigen. Aber auch das wurde verweigert. Unsere Genossen haben sich daraufhin gezwungen, das „Hamburger Echo“ als Parteitagorgan zu benutzen, um wenigstens eine Möglichkeit zu haben, zu der Parteitagwahl aufzutreten. Auch durch Wahlzettel bei den Gegnern der Bedingungen, die die Defensivität über gemacht. Die Wahlbureau waren nur von Anhängern der Bedingungen besetzt. Listen wurden überhaupt nicht geführt; auch die Mitglieder wurden nicht abgemeldet. Es konnte von den Wahlmännern jeder wählen, so oft er wollte.

Trotz des ungeheuren Terrors, der in der Weisheit der mehrerwähnten Arbeiterbewegung ohne Beispiel ist, war es unseren Genossen möglich, die hundertfache Zahl Stimmen gegen die Bedingungen aufzubringen. Da nur die Liste Herzog zugelassen war, traten die Gegner der Bedingungen die Liste Herzog durch und icheden mehrere hundert Stimmen ein. Diese Stimmentzettel werden jedoch von den Hamburger Diktatoren für ungültig erklärt. Das ist ein bemerkenswerter Beitrag dafür, wie sich in Zukunft das Parteibild gestalten würde, wenn die Neukommunisten in der Arbeiterbewegung das führende Wort sprechen könnten. Was von den Gegnern der Moskauer Bedingungen immer wieder ins Feld geführt wurde, daß sich in Hamburg bereits durch ein lebendiges Beispiel in die Tat umgesetzt werden. Eine anmaßende Parteilique gibt die Direktiven aus. Diejenigen Mitglieder, die eine eigene Meinung haben und gegen den Parteitag Stellung nehmen, werden einfach mundtot gemacht oder die Liste Herzog gegen die Liste Herzog Arbeiterkraft, die reich genug ist, sich eine selbständige Partei zu bilden, wird mit diesen Methoden, die uns jetzt als neue Methode gepriesen werden, schneller fertig werden als sich die kleinen Diktatoren, die sich schon zu Großherren berufen glauben, in ihrer unbefangenen Einfachheit ammaßen.

Bei der Ausübung der Stimmen haben die kleinen Diktatoren bereits gesehen, daß ihr Nachkommen seine Begrenzung findet. Mindestens ein Drittel der Stimmen war gegen Herzog, für die Liste Bergmann.

### Protest gegen politische Verdrängung des russischen Delegierten in Berlin.

In der Ernst-Merk-Salle fand am Sonnabend abend eine vom Wirtschaftsrat der Betriebsräte sowie vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufene Versammlung statt, in der der russische Delegierte Lofowitsch über die russischen Gewerkschaften sprechen sollte. Er zerschnitt teils die Erklärung mit, daß Genosse Lofowitsch nicht anwesend sei, daß er sich aber nach einer umfänglichen Besprechung mit den Delegierten telegraphisch Meldung bereitstellt habe, in der heutigen Versammlung zu sprechen. Im Laufe des Tages habe jedoch ein Telegramm von der U.S.P. mitgeteilt, daß Lofowitsch „politisch nicht über Schwierigkeiten“ nicht erscheinen werde. Auf Anfrage bei den hiesigen amtlichen Stellen sei dagegen die Antwort erteilt worden, daß dem russischen Delegierten in Hamburg keine Schwierigkeiten in dem Wege gelegt worden wären.

Es erhielt darauf Genosse Legat bis zum eventuellen Eintreffen des russischen Genossen das Wort zu seinem Bericht über den Betriebsrätekongress.

Anschließend traf E. Hämann von der U.S.P. ein, der nach Verzeihung eines Leiharbeiteres der Gefährdung abgab, daß Lofowitsch dessen telephonisch mitgeteilt habe, daß er nicht anwesend sei, sondern sich in der politischen Polizei vorzunehmen



